



## **Motion Stadelmann Karin Andrea und Mit. über eine Kantonsinitiative (Standesinitiative) für die Einführung einer nationalen Elternzeit (Systemwechsel)**

eröffnet am 26. Juni 2023

### Entwurf:

Der Regierungsrat wird hiermit beauftragt, im Namen des Kantons Luzern bei der Bundesversammlung gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung eine Standesinitiative einzureichen, die von den eidgenössischen Räten verlangt, einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung auszuarbeiten für die Einführung einer nationalen Elternzeit, die folgende Bedingungen erfüllt:<sup>1</sup>

- Es soll eine Elternzeit von 20 Wochen geben.
- Der Anteil an Elternzeit soll zwischen den Eltern flexibel, nach ihren Bedürfnissen, aufgeteilt werden können, dies unter Einhaltung von gesetzlichen Fristen (Mutterschaftsversicherung).
- Beide Elternteile sollen Anteile an der eingeführten Elternzeit flexibel beziehen.
- Der Anspruch auf Elternzeit verfällt gemäss festgelegter gesetzlicher Frist (1 Jahr) nach der Geburt des Kindes.

### Begründung:

Zahlreiche Vorschläge zur Elternzeit sind im nationalen Parlament oder auf kantonaler Ebene gescheitert oder jüngst aber in Genf (mit 24 Wochen) angenommen worden. Ferner werden in verschiedenen Kantonen, so auch in Luzern, einzelne Vorstösse zu einem längeren Vaterschaftsurlaub für staatliche Angestellte gefordert. So entsteht ein Flickenteppich, was die Regelung der Elternzeit beziehungsweise des Vaterschaftsurlaubes anbelangt. Es ist Zeit für eine mehrheitsfähige nationale Lösung. Es braucht eine gesamtschweizerische Lösung, die finanzierbar, pragmatisch und von der Wirtschaft, insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmungen, getragen werden kann. «Gleich lange Spiesse» sind gefordert, so dass die Elternzeit nicht stets ein Wettbewerbsvorteil grösserer Firmen ist.

Mit dieser Standesinitiative soll das nationale Parlament dazu aufgefordert werden, sich dieses wichtigen Themas lösungsorientiert anzunehmen. Es braucht eine mehrheitsfähige Lösung für die Elternzeit und damit für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ein Systemwechsel ist anzustreben. Derzeit bleibt ein grosses wirtschaftliches Potenzial von Eltern beziehungsweise Elternteilen ungenutzt, weil notwendige Reformen beim Thema Elternzeit blockiert sind. Die Nichterwerbstätigkeit von teuer ausgebildeten Fachkräften stellt einen volkswirtschaftlichen Verlust dar. Im Zuge des Fachkräftemangels verschärft sich dieser. Eine Rückkehr ins Erwerbsleben kann so von Seiten der Elternteile selbst bestimmt werden.

Der Kanton setzt sich damit für eine angemessene und finanzierbare nationale Elternzeit ein. Dies besonders als Alternative zu der von der Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) kürzlich medial und politisch vorangetriebenen Elternzeit von 38 Wochen. Diese Variante würde mehr als eine Verdopplung der aktuellen 16 Wochen für Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub bedeuten, was definitiv zu hoch ist. Diese Lösung ist zudem klar zu teuer und wirtschaftlich kaum tragbar.

*Stadelmann Karin Andrea*  
Wedekind Claudia

<sup>1</sup> [Urlaub für Mütter und Väter: Junge Mitte will vorwärtsmachen bei der Elternzeit | Tages-Anzeiger \(tagesanzeiger.ch\)](#)

Boog Luca  
Spörri Angelina  
Frey-Ruckli Melissa  
Affentranger-Aregger Helen  
Zurbriggen Roger  
Käch Tobias  
Küttel Beatrix  
Kurmann Michael  
Graber Eliane  
Piani Carlo  
Keller-Bucher Agnes  
Albrecht Michèle  
Oehen Thomas  
Cozzio Mario  
Röllli Franziska  
Bucheli Hanspeter  
Schärli Stephan